

RÜCKBLICK DES FACHAUSSCHUSS MEDIEN, INTERNET UND DIGITALE AGENDA, BERLIN

am 14. Oktober 2014
[BFA Digital](#), [Internet](#), [Medien](#)

Vom 10. bis 11.10.2014 trafen sich die
desfachausschuss Medien, Internet und digitale Agenda zu

ihrer 2. Sitzung in der Geschäftsstelle in Berlin. Nach Begrüßung der Mitglieder und der Einführung ins Tagungsprogramm durch den Vorsitzenden, Herr Ott, folgte die Begrüßung durch Herrn

Anschließend folgte eine Rede von Frau Beer, Generalsekretärin der Bundes-FDP. Frau Beer lobte das Engagement der ehrenamtlichen Ausschuss-Mitglieder und hob die besondere Rolle der Fachausschüsse bei der Erarbeitung eines neuen liberalen Programms hervor. Frau Beer stellte anschließend die Auswertung der Tagung im Sommer vor und skizzierte erste Ansätze, an welcher Stelle die FDP in der politischen Landschaft positionieren kann. Herr Ott betonte, dass sich der Bundesvorstand nicht für Schnellschüsse entscheiden werde, sondern die FDP strategisch auf eine solide Basis gestellt werden müsse. Die politischen Konzepten an die Öffentlichkeit geht. Eine wichtige Aufgabe der Strategie sind die Leitbild-Botschafter, die die liberalen Gedanken in die Medien bringen sollen.

Aktuelles zum Thema Leistungsschutzrecht

Anschließend folgte das erste "Internet-Thema". Es ging um das Leistungsschutzrecht. Dieses Thema wurde lebhaft diskutiert und angenommen, da sich hier neue Entwicklungen abzeichnen. Die Tagung hatte die Möglichkeit, beide Seiten (Google vs. Verlage) zu hören.

Zum Hintergrund: Laut Leistungsschutzrecht müssen Suchmaschinen-Anbieter die Presseverlage bezahlen, wenn sie Textauschnitte, auf Inhalte der Verlage verweisen. Die Verlage fordern, dass es nur um "kleinste Textauschnitte" dürfen lizenzfrei genutzt werden. Die Verlage haben bekanntgegeben, dass es Verlage, die nach dem Leistungsschutzrecht von Google bezahlt werden wollen, nur noch mit Titel und Text (Snippet) darstellen möchte. Verlage, die auf diese Abgabe verzichten, werden von Google mit Titel, Text (Snippet), Vorschaubild und Link präsentiert. Die Verlage, die in der VG Media organisiert sind (u.a. Axel Springer, Bertelsmann und M. DuMont Schauberg) fühlen sich von dem Vorgang verletzt und wollen nun gerichtlich klären lassen, ob Google von einzelnen Verlagen Inhalte anzeigen lassen darf, als von anderen. (siehe www.zeit.de)

Dem Fachthema folgten Vertreter beider Lager zur Diskussion. Zuerst erläuterte Jan Kottmann die Medienpolitik Google Deutschland die Sicht von Google. Laut Kottmann liegt Google in erster Linie die Umsetzung der Rahmenbedingungen. Google habe sich mit einzelnen Verlagen verständigt. Diejenigen, die nicht für das Anzeigen der Beitragsauszüge nehmen wollen, werden von Google nicht angezeigt. Bei den Verlagen, die auf die Zahlungen bestehen, wird auf die Minimal-Variante (verlinkter Titel) runtergefahren.

Die VG-Media-Seite, vertreten durch Dr. Christian Hentsch und Dr. Christian-Henner Hentsch sieht hier ein Problem einzelner Verlage durch Google. Google habe eine Monopol-Situation aus, um keine Zahlungen für die Anzeige von urheberrechtlich geschützten Inhalten leisten zu müssen.

Die 1&1 Internet AG, die auch von den Verlagen zur Zahlung verpflichtet wurde, hat aufgrund der unsicheren Lage die anfragenden Verlage aus den Suchergebnissen ausgelistet.

Anschließend folgte eine heftige Diskussion in der die Standpunkte von Autoren, Herausgebern und Medienunternehmen trafen. Das Leistungsschutzrecht in der jetzigen Form führt zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führen.

Beim 2. Fachthema des Tages "Sucht Google ein EU-Marktmisbrauchsverfahren?" ging es um die Stellung von Google in der Internet-Suche und den angrenzenden Bereichen. Zu präsentierte Robert M. Maier, Managing Director von Google in Deutschland, wie Änderungen bei Google zu starken Umsatzzunahmen für Internet-Firmen führen. Maier mutmaßte, dass Google gute, inhaltsreiche Inhalte schlechter darstellt als Inhalte, die weniger gut sind. Laut Maier ist das ein Weg, wie Google Dienste im Netz anbieten und um sich weitere Geschäftsfelder zu erschließen. Laut Kottmann ist das ein Weg, wie Google Dienste im Netz anbieten und um sich weitere Geschäftsfelder zu erschließen. Laut Kottmann zeigt Google Inhalte aufgrund der Suchanfrage. Dazu stehen dem Google-Algorithmus 200 Millionen Webseiten zur Verfügung. Außerdem werden vom Google-Entwicklerteam Test durchgeführt, um den User das beste Suchergebnis zu liefern. Laut Kottmann

wird auch Google zu nutzen. Es gibt weitere Suchmaschinen und wenn Google die fremdete Suchergebnisse beeinflussen würde, könnten sie zu anderen Suchmaschinen abwandern. Anschließend wurde eine große Runde diskutiert.

Das abschließende Tagethema "Recht auf Vergessenwerden - Gewinn für die Individualsphäre, Niederlage der Informationsfreiheit?" wurde von Prof. Dr. Hubertus Gerstorff, Uni Rostock, durchgeführt. Gerstorff führte die Teilnehmer in das jüngst erlassene Urteil "[Recht auf Vergessenwerden](#)" mit einer anschaulichen Präsentation ein. Anschließend diskutierten Prof. Dr. Kottmann, Leiter Medienpolitik Google und Sabine Leutheusser-Schnarrenberg (FDP) zum Thema. Sabine Leutheusser-Schnarrenberg ist Vorsitzende der Bund-Länder-Kommission für ein achtköpfigen Beirat mit externen Experten aus der Wissenschaft, den Medien und der Wirtschaft, der Google als Reaktion auf Kritik an der Umsetzung des Rechts auf Vergessenwerden ins Leben gerufen hat. Dieser Beirat soll die Umsetzung eines Lösch-Leitfadens beraten.

Am 2. Tag der Veranstaltung stand das Thema "Digitale Agenda? Stimmen die Rahmenbedingungen für Startups?" auf der Tagesordnung. Dazu referierte Florian Nöll, Bundesvorsitzender des Start-up-Verband. Für Herrn Nöll liest sich die digitale Agenda der Regierung im ersten Schritt gut, inhaltlich biete sie viele Möglichkeiten, konkret in der praktischen Umsetzung. Er bezeichnete die Umsetzung als "German Mut" und zu wenig. Grundsätzlich bedauern die Startups und Startups ungenügenden Startbedingungen. Die Rahmenbedingungen deutlich schlechter. Er z.B. den Dienst "Uber", der bevor er sich an den Markt stellen kann, von politischen Interessengruppen bekämpft wird. Europa und Deutschland immer mehr zum Bremser für Innovationen.

Als vorletztes Thema stand die Formulierung einer "Liberalen Digitalen Agenda" auf dem Tagungsprogramm. Die stellvertretende Vorsitzende des BFA Volkmar Fuchs moderierte die Diskussion. Die Teilnehmer, welche Inhalte und Dinge, die die FDP "erarbeiten" soll. An sich eine Herkules-Aufgabe. Die Agenda "Digital und Internet" viele Bereiche fallen, die für die FDP wichtig sind und sich im politischen Alltag noch schlechter

"verkauft" werden. In der Aufgabe zu diesen Themen liberale Konzepte, Teilaspekte und Beispiele zu liefern.

Abschließend wurde die Plattform "meine freiheit" von Thomas Diener, FDP Bundesgeschäftsführer, vorgestellt. Die unter www.meine-freiheit.de erreichbare Seite bietet eine Online-Arbeitsform (Gruppen), die es liberalen Organisationen (Landesverbände, Kreisverbände, Vorfeldorganisationen) ermöglicht, Online-Arbeit strukturiert zu betreiben. Diener stellte die einzelnen Bausteine vor. Ein besonderer Mechanismus ist die Mitglieder unter "Leitbild". Hier können sich FDP-Mitglieder direkt an der politischen Arbeit der FDP beteiligen.

Am Nachmittag ging der 2. FDP Bundesfachkongress in die Themen Internet und digitale Agenda mit abschließenden Worten des FDP-Bundesgeschäftsführers Thomas Diener zu Ende.

Autor: Thomas Mergen, Internetbeauftragter FDP Sachsen-Anhalt